



HESSISCHER LANDTAG

13. 08. 2013

*Dem Ausschuss
für Umwelt, Energie,
Landwirtschaft und
Verbraucherschutz überwiesen*

Antrag der Fraktion der SPD

**betreffend Kohleblock Staudinger 1 ist nicht als Kaltreserve
geeignet - Meinungschaos innerhalb der Landesregierung
schadet der Energiewende**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass eine Reaktivierung des mit Steinkohle betriebenen Kraftwerksblockes Staudinger 1 aus dem Jahr 1965 grundsätzlich nicht geeignet ist, als sogenannte Kaltreserve zu dienen.
2. Der Landtag teilt die Auffassung der zuständigen hessischen Umweltministerin, dass Block 1 aus technischen Gründen nicht mehr zur Debatte steht, da dessen Rückbau bereits begonnen habe und zudem die Betriebsgenehmigung bereits erloschen sei.
3. Der Landtag teilt die Auffassung der zuständigen hessischen Umweltministerin, dass eine Wiederinbetriebnahme von Block 1 ein neues Genehmigungsverfahren einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfung und Beteiligung der Öffentlichkeit erfordern würde.
4. Der Landtag hält Vorschläge des hessischen Wirtschaftsministers, die Duldung des Kraftwerksbetriebs zu ermöglichen und von einem neuerlichen Genehmigungsverfahren abzusehen, für rechtlich problematisch.
5. Der Landtag nimmt mit Erstaunen zur Kenntnis, dass innerhalb der Landesregierung im Juli 2013 ein offener Konflikt zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium zu Staudinger 1 entbrannt ist, obwohl seit Dezember 2012 die Betriebsgenehmigung und seit Mai 2013 die Duldung erloschen ist und die Landesregierung bis heute noch keine einheitliche Position zu diesem Thema gefunden hat.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darzulegen, was sie seit dem Erlass der Stilllegungsverfügung zu Block 1 unternommen hat, um die Netzstabilität und Versorgungssicherheit in Hessen zu gewährleisten.
7. Der Landtag stellt fest, dass das Meinungschaos zu diesem Thema innerhalb der Landesregierung die Öffentlichkeit verunsichert und somit die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der Energiewende bewusst aufs Spiel gesetzt wird.

Wiesbaden, 12. August 2013

Der Parlam. Geschäftsführer:
Rudolph